

## Pressemitteilung:

### **Humanisten und Religionsfreie endlich in der Politik berücksichtigen - "Wir werden institutionell diskriminiert" sagt Vertreter von Religionsfreien**

Dass die CDU uns - Humanisten und Religionsfreie - ignoriert, kann bei einer Partei, die das Christliche im Namen hat, noch gewisses Verständnis nach sich ziehen. Dass diese Ignoranz auch bei allen anderen Parteien, bei öffentlichen Institutionen und Organisationen und den Medien vorherrscht, wollen säkulare Menschen und VertreterInnen säkularer Organisationen nicht mehr gelten lassen.

Die SPD - Wahlveranstaltung "Die Religionen und die Stadt", die am Donnerstag im Haus am Dom stattfand, sah sich dem Vorwurf der eiseitigen Verengung auf die abrahamitischen Religionen ausgesetzt.

*"Ich bin ein Vertreter einer diskriminierten Mehrheit. Wir werden systematisch institutionell diskriminiert und mit Nichtbeachtung bestraft",* erklärte der hessische Landesvorsitzende des Internationalen Bundes der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA), Martin Wagner. *"Wir werden grundsätzlich nicht eingeladen. Wir haben schon darüber diskutiert, ob wir nur dann zu Wort kommen, wenn wir solche Veranstaltungen stören",* so Wagner.

In Frankfurt gehörten weit über 50% der EinwohnerInnen keiner christlichen Religion an (22,7 % römisch-katholisch, 19,4 % evangelisch) und die größte Gruppe bleibe unberücksichtigt: Beste Voraussetzung für ein gutes Zusammenleben!

Eine häufige Berufung auf das Grundgesetz könne nicht ignorieren, dass die Religionsfreiheit auch die negative Religionsfreiheit beinhalte, nämlich keiner Religion anzugehören und "es immer heißt: "Religionen und Weltanschauungen" (Wagner).

*"Wir befinden uns in einem Kirchenstaat, in dem die Kirchen, ihre Hegemonie, ihre Sonderrechte und Privilegien verteidigen und die Politiker einen Schmusekurs fahren"* und wies beispielhaft auf die "kirchlichen Schariagesetze" im Arbeitsrecht hin.

Auch ein Mitglied des rheinlandpfälzischen Landtages forderte eine stärkere Trennung von Kirche und Staat und einen gemeinsamer Ethikunterricht für alle Schüler anstelle bekenntnisorientierter Trennung im Religionsunterricht.

Eine weite Teilnehmerin aus der Flüchtlingsarbeit forderte dazu auf, den Nichtreligiösen nicht Werte abzusprechen, sondern ihnen zuzugestehen, ebenfalls mit ihren Werten zur demokratischen Gesellschaft beizutragen. Auch bei den Flüchtlingen gäbe es Humanisten und Religionsfreie, die sich allerdings oftmals kaum "outen" könnten.

Ob die Veranstalter aus den Beiträgen der TeilnehmerInnen für die Zukunft gelernt haben, bleibt abzuwarten.

\*\*\*